

Die originäre Verantwortung, die sich aus dem Eigentum oder aus der beruflichen Zuständigkeit ergibt, kann niemand delegieren.

Der BLB ist angesprochen worden. 2004 gab es eine systematische Untersuchung nach Schadstoffen, unter anderem auch nach dem Schadstoff PCB. Seitdem wird systematisch abgearbeitet. Das war also auch während der Regierungszeit von Schwarz-Gelb. Ich nehme an, dass Sie Ihre Aufsichtspflicht und Ihre begleitenden Pflichten damals sehr ernst genommen und die Systematisierung dieses Abarbeitens begleitet haben.

Mir geht es jetzt gar nicht darum, wieder zu sagen: Die Kommunen sind im Grunde die Eigentümergemeinschaft, die Sie bei Kitas und Schulen ansprechen. – Ich will vielmehr aufgreifen, was gerade gesagt wurde. Wir haben jetzt eine breit gefächerte Fachausschussdiskussion. Das zeigt auch, wie verteilt die Zuständigkeit unter den einzelnen Aspekten ist. Es ist klar, dass wir diese breite Fachausschussdiskussion ressortmäßig begleiten und dann hier in der Schlussabstimmungsrunde die Erkenntnisse daraufhin auswerten, was im Vergleich zum Status quo heute konkret verbessert werden kann.

Ich glaube, es muss das gemeinsame Interesse sein, die Menschen bei diesem Thema nicht weiter zu verunsichern, sondern deutlich zu machen: Regierung und Parlament nehmen sich dieses Themas erneut an, obwohl es zwischendurch immer wieder auf der Tagesordnung war, und reagieren sensibel auf die Ängste und Nöte, die die Menschen jetzt auch wegen der Berichterstattung über Vorkommnisse an ganz bestimmten Schulen haben.

Das Land hilft und berät aber auch praktisch, beispielsweise mit dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz: einerseits die Kommunen, andererseits auch vielfältig vor Ort, um Sorgen und Nöte aufzugreifen und einen fachlichen Ratschlag zu geben, wie damit umgegangen werden kann.

Unter bauaufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten hat die Landesregierung ihr Handwerk im Umgang mit dieser Problematik im Grunde schon 1996 vollbracht. Weitere Aufforderungen sind hier vielfältig genannt worden. Ich bin davon überzeugt, dass nach der breiten Diskussion in den Fachausschüssen auch noch neue Impulse für das Handeln der Landesregierung wahrgenommen und dann auch umgesetzt werden können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Piratenfraktion hat jetzt noch einmal Herr Kollege Lamla ums Wort gebeten. Sie haben dafür allerdings, Herr Kollege, noch „gewaltige“ 13 Sekunden Zeit. Sie sollten sich also sputen. Sie haben das Wort. Bitte.

Lukas Lamla (PIRATEN): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab eine Entschuldigung an Frau Löhrmann. Ich werde mich in Zukunft erkundigen, wo sie ist.

Noch mal zu Ihnen, Herr Markert; Sie werfen mir vor, ich würde das an die Öffentlichkeit zerren: Wenn Tausende von Lehrerinnen und Lehrern und Kindern täglich einem der gesundheitsschädlichsten Stoffe ausgesetzt sind, dann ist es meine verdammte Pflicht, genau das an die Öffentlichkeit zu zerren!

(Lebhafter Beifall von den PIRATEN und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt 6 liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung angelangt sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung der Antrages Drucksache 16/1257** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich darf fragen, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte. – Gibt es Gegenstimmen? – Oder gar Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Und schon sind wir bei Tagesordnungspunkt

7 Martin und Metin werden hier gebraucht. Abwanderung von hochqualifizierten Fachkräften verhindern – Anreize zum Hierbleiben oder zur Rückkehr schaffen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1276

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die antragstellende CDU-Fraktion Frau Kollegin Güler das Wort.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Hoffentlich besser als gestern!)

Serap Güler (CDU): Ich gebe mir Mühe. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Thema „Integrationspolitik“ geht es neben der Vermeidung von Reparaturkosten vor allem um Potenziale, um Chancen, um die Möglichkeiten

auf Aufstieg und Teilhabe. Deshalb haben wir als CDU-Fraktion den Antrag „Martin und Metin werden hier gebraucht“ eingebracht.

Wir reagieren damit auf das Schrumpfen der Bevölkerung, das nicht mehr nur aus dem Mangel an Kindern resultiert, sondern auch aus dem Überschuss an Ab- und Auswanderern. Das sind oftmals junge, gut ausgebildete Menschen – manche davon mit und manche ohne Zuwanderungsgeschichte. Es ist ganz egal, ob diese Menschen Martin oder Metin, Wladimir oder Valentin, Anna oder Aylin heißen – auch wenn diverse Studien darauf hinweisen, dass tendenziell eher junge, ledige Männer abwandern.

Fakt ist: Hochqualifizierte mit und ohne Zuwanderungsgeschichte sind heute mobiler als je zuvor und deshalb deutlich schneller bereit, ins Ausland zu gehen: weil sie dort bessere Chancen für sich und ihre Karrieren sehen als in Nordrhein-Westfalen.

Gründe hierfür sind beispielsweise bürokratische Belastungen oder auch eine fehlende Willkommenskultur. Diese Hürden müssen gesenkt werden. Denn wenn wir über Fachkräftemangel klagen, dann ist doch klar, dass uns Martin, Metin, Anna und Aylin in den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen fehlen. Das Industrieland Nordrhein-Westfalen braucht sie ebenso wie das Dienstleistungsland Nordrhein-Westfalen und das Handwerks- und Mittelstandsland Nordrhein-Westfalen.

Deshalb braucht es hier dringend eine Antwort der Landesregierung. NRW muss aufpassen, nicht den Zug der Zeit zu verschlafen. Wir müssen als Land gemeinsam daran arbeiten, attraktiv für junge und qualifizierte Menschen zu werden. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland mit knapp 245.000 Studierenden aus fast 200 Ländern ein attraktiver Studienort sein muss. Von den Absolventen bleiben jedoch nur 26 % in Deutschland. In Kanada oder Frankreich hingegen sind es bis zu drei Viertel der Studierenden.

Der Bund hat in diesem Jahr wichtige Entscheidungen hierzu getroffen. Ausländische Studierende, die in Deutschland ihren Abschluss gemacht haben, haben künftig nicht mehr zwölf, sondern 18 Monate Zeit, sich eine Stelle zu suchen. Auch die Senkung des Mindestgehalts auf 44.800 € im Jahr sowie das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse sind hierfür wichtige Schritte.

Jetzt sind die Länder dran. Die Landesregierung hat hierzu auch einen entsprechenden Entwurf vorgelegt. Dieser berücksichtigt jedoch nicht die Berufe, für deren Ausbildung und Prüfung die Behörden des Landes zuständig sind. Das betrifft beispielsweise die Lehrkräfte. Da muss – ebenso wie bei der Anerkennung nicht reglementierter akademischer Ausbildungen – nachgebessert werden.

Meine Damen und Herren, Fähigkeiten und Kenntnisse von gut qualifizierten Migranten müssen als

Potenziale für unsere Gesellschaft erkannt und stärker gefördert werden.

(Beifall von der CDU)

Wie beispielsweise die Allensbach-Studie „Kaum Ausländer in den Chefetagen deutscher Unternehmen“ belegt, ist das bei vielen Unternehmen noch nicht angekommen. Demnach kommen nur 6 % der Führungskräfte in deutschen Unternehmen aus dem Ausland. Bei großen Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern ist die Quote etwas höher. Bei kleineren Unternehmen liegt die Quote ausländischer Führungskräfte zwischen 3 und 5 %.

Die Untersuchung belegt also: Ausländische Arbeitskräfte haben es in Deutschland immer noch schwer, in die Chefetage zu kommen. Ein Unternehmensberater hat diese Studie so kommentiert: Nur die Deutschen selbst werden Deutschland als führende Wirtschaftskraft nicht in gewohnter Tradition fortführen können. – Er empfiehlt, Fachkräfte im Ausland anzuwerben.

Ich füge hinzu: Fangen wir an, die bereits vorhandenen Talente zu aktivieren und durch Attraktivität Abwanderung zu verhindern. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass bürokratische Hürden abgebaut werden und eine Willkommenskultur aufgebaut wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die SPD-Fraktion erteile ich nun Frau Kollegin Lück das Wort.

Angela Lück (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! „Martin und Metin werden hier gebraucht.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, was haben Sie sich bloß dabei gedacht, solch eine Überschrift über diesen Antrag zu schreiben?

(Beifall von der SPD)

Und was wollen Sie damit sagen? Heißt das für uns hier: Deutschland ist Zuwanderungsland für Angehörige anderer Länder? Hat da bei Ihnen ein Umdenken stattgefunden?

Deutschland ist seit Jahrzehnten sowohl Einwanderungs- als auch Auswanderungsland. Das wurde aber gerade in CDU-Kreisen immer bestritten. Ich erinnere an den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, der noch 2010 von einer „Lebenslüge Einwanderungsland“ sprach.

Wir haben es im NRW-Landtagswahljahr 2000 hautnah erlebt. Da war es der CDU-Oppositionsführer hier im Landtag Nordrhein-Westfalen, Dr. Jürgen Rüttgers, der die gerade vonseiten der Wirtschaft sehr begrüßte sogenannte Greencard-Regelung mit einer Postkartenaktion zu bekämpfen versuchte. Rüttgers selbst als damaliger stellvertretender Bun-

desvorsitzender, Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der CDU ist Urheber des unsäglichen Mottos: „Kinder statt Inder“. Wir werden es nicht vergessen.

Als Ministerpräsident stellte er 2009 dann auch noch rumänische Arbeitnehmer als faul und unzuverlässig dar. Dies nahm er nach massiver öffentlicher Kritik und massiver Kritik auch hier im Plenum zurück.

Im Jahre 1999 konterkarierte Roland Kaiser ...

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

– Roland Koch, Entschuldigung! Wäre ja auch mal schön! – Nein, Roland Koch als hessischer Ministerpräsident war es, der die Reform des deutschen Staatsbürgerrechts mit einer Unterschriftenaktion zu seinem Wahlkampfthema machte.

Gehen wir noch einen kleinen Schritt zurück. In der schwarz-gelben Koalitionsvereinbarung von 1982 auf der Bundesebene hieß es – ich bitte, dieses Zitat zu akzeptieren – noch:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es sind daher alle humanitär vertretbaren Maßnahmen zu ergreifen, um den Zuzug von Ausländern zu unterbinden.“

Können Sie sich eigentlich vorstellen, dass diese Haltung, wenn Sie den Antrag überschreiben mit „Martin und Metin werden hier gebraucht“, einer Willkommenskultur in unserem Lande entgegensteht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion, es ist nicht nur so, dass Sie in Ihrem Antrag mit überholten Abwanderungszahlen aufwarten; denn der Wanderungssaldo für das Jahr 2011 befindet sich deutlich im Plus. Zudem handelt es sich zumeist auch nicht um eine endgültige Auswanderung. Oftmals ist es eine Arbeitsmigration auf Zeit, und dadurch erfolgt die Rückführung zusätzlichen Know-hows in unser Land.

Ebenso verkennen Sie, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung zur Unterstützung von Unternehmen vor einem Jahr eine Initiative zur Fachkräftesicherung gestartet hat. Die erste Bilanz wird übrigens bald, am 22. November dieses Jahres, unter dem Titel „Erfolgreich arbeiten, Fachkräfte gewinnen und halten in NRW“ hier in Düsseldorf gezogen.

Darüber hinaus wird seitens des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung ein vielbeachtetes Rückkehrerprogramm für den Wissenschaftsnachwuchs etabliert.

Die CDU-Fraktion erwähnt in ihrem Antrag den Entwurf eines nordrhein-westfälischen Anerkennungsgesetzes. An das anknüpfend, was meine Fraktionskollegin Daniela Jansen gestern dazu ausgeführt hat, darf ich Ihnen sagen, dass zurzeit kein anderes Bundesland beabsichtigt, so viele Be-

rufe in dieses Gesetz aufzunehmen. Allerdings ist die Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten in das benachbarte Ausland oder auch die USA ein besonderes Thema, das wir in der weiteren Ausschussarbeit näher bearbeiten sollten.

Noch etwas möchte ich Ihnen zu bedenken geben. Vom 3. bis 5. Dezember findet in Hannover der CDU-Bundesparteitag statt. Das wäre für den CDU-Landesverband doch eine passende Gelegenheit, den heutigen Fraktionsantrag, mit dem Sie Eulen nach Athen tragen, mitzunehmen und in Ihr Antragsbuch für den Parteitag zu heften.

(Beifall von der SPD)

Denn wir brauchen spürbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von Nachwuchswissenschaftlern, damit Abwanderungsgründe bei uns im Land entfallen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Wenn Sie bitte zum Ende kommen wollen, Frau Kollegin.

Angela Lück (SPD): Ja. – Dazu muss auf Bundesebene einiges passieren. Dazu gehören die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Kitas statt Betreuungsgeld, Erleichterungen beim Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, der Worte hör ich wohl. Sie müssten bitte zum Ende kommen.

Angela Lück (SPD): Ich komme zum Ende.

... sowie verbesserter Arbeitsmarktzugang von langjährig Geduldeten.

Der anstehenden Überweisung in den Ausschuss stimmen wir selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Lück. – Ich darf in Sachen Roland Kaiser im Übrigen daran erinnern, dass er vor wenigen Wochen mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden ist.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das mag Ihre Gedankenassoziation erklären.

Als nächste Rednerin Frau Kollegin Velte von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Jutta Velte (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Güler, Sie sprechen hier ein sehr wichtiges Thema an. Das finde ich toll. Das

Thema erfordert ausführliche Studien. Diese liegen ja auch vor. Ihr Antrag besteht aber nur aus zwei Seiten. Zwei Ihrer Forderungen lauten: Wir gründen mal einen Arbeitskreis. – Die anderen vier Forderungen beziehen sich auf das Berufsankennungs-gesetz, das dem Landtag gestern vorgelegt worden ist. Das ist, finde ich, für dieses Thema etwas wenig. Ich freue mich aber, dass wir darüber endlich in diesen Hallen diskutieren.

Auch ich finde es bedauerlich, dass Sie den Titel „Martin und Metin ...“ gewählt haben. – Ist Frau Güler überhaupt noch hier?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Ich bin froh, dass Sie es in Ihrer Rede geschafft haben, auch noch zwei weibliche Namen zu nennen. Alles andere war eher männerorientiert. Ich glaube, dass wir in Nordrhein-Westfalen jeden und jede brauchen und hier auch Ayse und Helga eine Chance haben sollten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das Ganze macht auf mich den Eindruck, als seien Sie noch nicht in der globalisierten Neuzeit angekommen. Die Modernisierung der Partei, von der bei Ihnen immer geredet wird, ist in diesem Antrag nicht wirklich spürbar. Es fehlt zum Beispiel der Aspekt der doppelten Staatsbürgerschaft, die es nun mal erleichtern würde, sich in Nordrhein-Westfalen anzusiedeln und woanders zu arbeiten oder aber woanders zu arbeiten und nach Nordrhein-Westfalen zu kommen.

Wir haben doch große Arbeitswanderungen in unserem Land. Ich finde, dieser Antrag ignoriert das vollständig, zumal Sie sich darin wesentlich auf die Höchstqualifizierten beziehen, dann auf die Ärzte und schließlich noch auf die alternde Bevölkerung. Letztlich sind die Facharbeiterinnen und Facharbeiter darin gar nicht vorgekommen. Das finde ich bedauerlich. Denn wir müssen schon dafür sorgen, gute Ausbildungsbedingungen herzustellen, um den Menschen die Möglichkeit zu bieten, hier zu leben und zu arbeiten. Wir müssen aber auch akzeptieren, dass wir in einer globalisierten Welt leben und die Menschen nach ihren persönlichen Vorstellungen und Lebensentwürfen mal hier und mal dort arbeiten. Insofern müssen wir als Land besonders attraktiv bleiben.

Es gibt im Übrigen die Hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung, an der noch Herr Laschet mitgewirkt hat und die in ihrem Abschlussbericht Überschriften verwendet hat, die ich durchaus teilen kann: „Nach dem Studium bleiben – ausländischen Hochschulabsolventen den Einstieg ins Berufsleben erleichtern“; Bürokratische Hürden abbauen – Zuwanderung nach Deutschland attraktiver gestalten“ – davon ist in Ihrem Antrag nicht die Rede –; „Arbeiten und leben in Deutschland – problemlosere Aufenthaltserlaubnis für ausländische

Fachkräfte“ – auch dazu steht in Ihrem Antrag nichts.

Ich habe den Eindruck, dass Sie diese Studie, die immerhin von Herrn Laschet auf den Weg gebracht worden ist, vielleicht gar nicht kennen. Aber das können Sie ja nachholen. Ich freue mich auf jeden Fall darauf, das im Ausschuss etwas breiter zu diskutieren, als Ihr Antrag das nahelegt, und auch die Frage weiblicher Fachkräfte und weiblicher Hochgebildeter mit ins Auge zu fassen. Ich glaube, ohne dem kommen wir nicht weiter.

Ansonsten, Frau Güler, freue ich mich nach dem gestrigen Vortrag, dass wir ein bisschen konstruktiver zueinanderkommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Als Nächster spricht zu uns für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst wende ich mich an Frau Lück, weil ich das, ehrlich gesagt, befremdlich fand. Gestern wurde hier die große Einheit in der Integrationspolitik beschworen und gesagt, dass die Fraktionen zusammenarbeiten müssen. Als wir als FDP und CDU gesagt haben, dass wir durchaus den einen oder anderen eigenen Akzent setzen wollen, wurden wir quasi als Separatisten in der Integrationspolitik verdächtigt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und jetzt werfen Sie den Kollegen von der CDU und der Frau Güler alle Kamellen von Herrn Dregger aus den 80er-Jahren und sonst was vor. Das finde ich wirklich schlechten Stil.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir konfrontieren Sie auch nicht mit Beschlüssen aus den 60er-, 70er- oder 80er-Jahren, von denen Sie heute nichts mehr wissen wollen.

Wir als FDP freuen uns, dass die CDU mit ihrem Antrag – wir finden ihn an der einen oder anderen Stelle zwar etwas dünn – eine Reihe von Aspekten aufgreift, die wir als FDP-Fraktion im vergangenen September 2011 mit unserem Antrag zu den Themen „Anerkennung von Abschlüssen“ und „Zuwanderung“ eingebracht haben. Da war eine ganze Menge drin, was hier zum Teil aufgegriffen worden ist. Unser Antrag konnte damals wegen der Neuwahl nicht mehr abschließend beraten werden. Deswegen stimmen wir selbstverständlich der Ausschussüberweisung zu und freuen uns auf die Beratung.

Eine ganz wesentliche Herausforderung, meine Damen und Herren, ist natürlich die erhebliche Vereinfachung der Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen, nicht nur wegen

des immer wieder gerne erwähnten persischen Taxifahrers mit Hochschulabschluss, sondern weil es viele in ganz unterschiedlichen Berufsfeldern gibt, die hier Probleme haben.

Die Bundesregierung hat bereits durch das eigene Anerkennungsgesetz für die Berufe, für die der Bund zuständig ist, einiges auf den Weg gebracht. Dieses Gesetz gilt seit dem 1. April dieses Jahres. Wir haben gestern in erster Lesung einen Entwurf für ein Anerkennungsgesetz in Nordrhein-Westfalen behandelt. So muss es weitergehen. Beide Initiativen können entscheidend dazu beitragen, dass sich die Motivation von Fachkräften mit Migrationshintergrund, in ihr Herkunftsland zurückzukehren oder in ein anderes Land auszuwandern, verringern wird.

Darüber hinaus ist ein klares und transparentes Verfahren – auch das gehört dazu – eine wichtige Grundlage, um bei Fachkräften, die im Ausland leben, die Bereitschaft zur Zuwanderung nach Deutschland zu erhöhen. Wir wollen ja nicht nur über die Verhinderung von Abwanderung sprechen – da liegt mir der Akzent bei der CDU etwas zu stark –, sondern auch über eine gezielte Zuwanderung. An der Stelle gibt es sicherlich einen Tick Modernisierungsbedarf.

Entscheidend, um wichtige Fachkräfte hier zu halten oder neue Fachkräfte für Deutschland zu gewinnen, ist aber auch ein gutes gesellschaftliches Klima. Wir können es nicht hinnehmen, dass es nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in bestimmten Teilen in Nordrhein-Westfalen No-go-Areas für Menschen ausländischer Herkunft, Menschen, die vielleicht anders aussehen und die sich in bestimmten Gebieten nicht mehr sicher fühlen können, gibt. Diesen Zustand können wir nicht hinnehmen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Da sind wir alle gefragt, auch die Zivilgesellschaft.

Deswegen möchte ich hier heute mit einem Dank an die Musiker schließen, die heute in Köln, 20 Jahre nach dem ersten Konzert unter dem Motto „Arsch huh, Zäng ussenander!“ – ich übersetze parlamentarisch: Hintern hoch für Zivilcourage – auftreten. Es wurde erneut ein Konzert organisiert, um dort ein großartiges Zeichen für eine tolerante Gesellschaft zu setzen. Auch aus diesem Hause ein Dankeschön an alle, die das heute in Köln ermöglichen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt Herr Kollege Sommer.

Torsten Sommer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen auf der Tribüne und im Livestream! In der Überschrift, Frau Güler,

weisen Sie darauf hin, dass Martin und Metin in Deutschland gebraucht werden. Es wird der Eindruck vermittelt, als ob es von der CDU erwünscht und erbeten sei, auf Zuwanderung und vielleicht sogar auf Integration zu setzen.

Allerdings stellt der aufmerksame Leser schnell fest, dass das mit Ihrem Antragstext gar nicht gemeint ist und gemeint sein kann. Sie verknüpfen zum Beispiel den aus unserer Sicht ausschließlich positiv zu bewertenden Anstieg auf 90.000 Studenten, die im Ausland studieren, damit, dass diese Studenten eventuell nach ihrem Studium nicht mehr zurück nach Deutschland kommen könnten. Die äußerst wichtige Auslandserfahrung, die diese Studenten dabei erwerben, lassen Sie völlig außer Acht.

Es ist sicherlich sinnvoll, im Kontext des zu erlassenden Landesenerkennungsgesetzes Konzepte zu entwickeln, die sich damit beschäftigen, ausländische Berufsabschlüsse leichter zu einer Anerkennung zu führen und Zuwanderern und deutschen Rückkehrern somit den Weg zur Arbeit zu erleichtern. Es mag auch ein möglicher Lösungsansatz sein, im Ausland tätige deutsche Fachkräfte wieder für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Allerdings kann es nicht sein, dass Sie das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz und insbesondere das Landesenerkennungsgesetz auf diese Art und Weise dazu instrumentalisieren. Der Kern des Problems sind nicht die deutschen Fachkräfte, die im Ausland leben, sondern die im Bundesgesetz fehlende Beratungsleistung, auf die es nach Hamburger Vorbild im Landesenerkennungsgesetz verpflichtend einen Anspruch geben muss.

Wenn Sie unbedingt auf Martin und Metin zu sprechen kommen müssen, dann betonen Sie bitte, dass es Ihnen eher um Martin und eben nicht um Metin geht. Falls Sie zu dem Entschluss kommen, sich auch um Metin kümmern zu wollen, unterstützen Sie uns bitte bei den sinnvollen Initiativen, zugewanderte Fachkräfte nachhaltig zu integrieren. Das fängt bei der doppelten Staatsbürgerschaft an, geht über eine angemessene Entlohnung für Lehrkräfte in Integrationskursen und hört bei der Vermittlung von fundierten Sprachkenntnissen auf.

Wir bitten Sie, uns dabei zu unterstützen, und werden der Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Integration selbstverständlich zustimmen. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Sommer. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Schneider das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU erinnert in ihrem Antrag vor allem an das Jahr 2008. Damals hatten mehr Menschen

Deutschland verlassen, als zu uns gekommen sind. Bekanntlich geht das Leben aber weiter. Daher muss die Analyse der Entwicklung von Ab- und Zuwanderung ergänzt werden.

Das Statistische Bundesamt stellt für das Jahr 2010 einen positiven Wanderungssaldo fest. 2011 hat sich dieser positive Saldo nochmals um 23 % erhöht. Aus- und Zuwanderung ergaben insgesamt ein Plus von 279.000 Personen. 2012 wird es ein ähnliches oder sogar nochmals besseres Ergebnis geben. Dies hängt sicherlich mit den ökonomischen Verwerfungen in einigen Mittelmeerländern zusammen.

Dennoch bin ich der Auffassung, dass in diesem Antrag ein sehr wichtiger Gesichtspunkt festgestellt und auf diesen Gesichtspunkt eingegangen wird. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland auch bei der Arbeitsmarktlage und der sozialen Situation schon längst nicht mehr das Maß aller Dinge ist. Selbst die Spargelstecher fahren durch Deutschland – und damit auch durch Nordrhein-Westfalen – durch

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das war einmal!
Die bleiben wieder!)

und verdingen sich in den Beneluxstaaten oder in Großbritannien.

Dies hat vor allem soziale Ursachen. Deshalb ist der beste Schutz gegen Abwanderung gerade von Fachkräften ein breites Angebot sozialer Rechte und Möglichkeiten. Dazu gehören auch Bürgerrechte. Es geht um gute Arbeit in einem umfassenden Sinne. Es geht um faire Vertragsgestaltungen. Es geht um angemessene Bezahlung. Wie unterschiedlich gerade der letzte Punkt in diesem Hohen Hause gesehen wird, haben wir am heutigen Vormittag in einer bemerkenswerten Debatte zur Kenntnis nehmen müssen.

Ich kann nur unterstreichen: Es geht auch um Bürgerrechte. Wenn Menschen, die sich Jahrzehnte in diesem Lande aufhalten, sich noch nicht einmal an Kommunalwahlen beteiligen können, stimmt etwas nicht.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Ein Marokkaner kann stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei ThyssenKrupp werden, aber nicht Bezirksbürgermeister in Essen. Diese Dimensionen sind zu berücksichtigen. Wenn wir über die Abwanderung gerade von Hochqualifizierten sprechen, müssen wir gleichzeitig feststellen: Es geht um mehr Bürgerrechte. Es geht um Teilhabe, um Beteiligung an dieser Gesellschaft. Erst dann ist man in dieser Gesellschaft richtig aufgehoben. Vorher kommt man sich als Fremder vor. Das sagen alle, mit denen ich über dieses Thema gesprochen habe und die auch unmittelbar tangiert sind.

Meine Damen und Herren, auf das Anerkennungsgesetz, das wir gestern beraten haben, will ich nicht

noch einmal eingehen. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass dieses Anerkennungsgesetz natürlich keinen Freibrief beinhaltet. Sehr oft werden wir nur zu Teilerkennungen kommen; denn wir wollen unser hohes Ausbildungsniveau nicht infrage stellen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir auch unser duales Ausbildungssystem als Beispiel für die Ausbildung sehr qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt propagieren müssen. Dass in Spanien die Jugendarbeitslosigkeit bei 50 % liegt, ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass von diesen 50 % wiederum 50 % einen Hochschulabschluss haben. Die Schwierigkeit liegt darin, dass die Ausbildung, die durchlaufen wird, nicht mit dem korrespondiert, was in der Wirtschaft verlangt wird. Wenn Sie in Valencia einen Ingenieur suchen und Ihnen in Santander ein Literaturwissenschaftler zur Verfügung steht, haben Sie ein Problem. Diese Schwierigkeiten können wir über unser Ausbildungssystem insbesondere in der Industrie vielleicht ein Stück weit bekämpfen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, Ihre vereinbarte Redezeit ist überschritten.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Es geht nicht nur um angestellte Hochqualifizierte. Ich erinnere daran, dass in Nordrhein-Westfalen zwischenzeitlich 23.000 Unternehmen von Türkischstämmigen geführt werden. Und von wegen nur Obst- und Gemüsehandel! Diese Unternehmen bilden die ganze Bandbreite unserer Wirtschaft ab.

Wir sollten uns gemeinsam für das Verbleiben gerade Hochqualifizierter, aber natürlich auch von Facharbeitern in diesem Lande einsetzen. Globalisierung und Willkommenskultur sind hier zwei Seiten einer Medaille.

Noch ein Wort zu Roland Kaiser: Er engagiert sich seit vielen Jahren höchstpersönlich in der Integrationsarbeit. Natürlich ist dieser Sänger – über die Qualität seiner Lieder kann man sehr unterschiedlicher Meinung sein – Sozialdemokrat. Wie könnte es anders sein? – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um anderthalb Minuten überschritten. Deshalb darf ich fragen, ob es vonseiten der Fraktionen noch Wortmeldungen gibt. – Das ist erkennbar nicht der Fall. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/1276** an den **Integrationsausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**, an

den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Erhebt sich Widerspruch? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist die Überweisungsempfehlung so beschlossen.

Wir treten ein in Tagesordnungspunkt

8 Kein Fracking in Nordrhein-Westfalen: Trinkwasserschutz hat Vorrang

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/866

In Verbindung mit:

Weiterhin keine Genehmigung von Fracking-Technologie bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas – Wasserschutz sichern – Informations- und Wissensdefizite beseitigen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1266

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1383

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Kollegen Hovenjürgen, der es gar nicht erwarten kann, jetzt endlich das Wort. Herr Kollege, bitte.

(Beifall von der CDU und Dr. Joachim Stamp [FDP])

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident, herzlichen Dank für die hervorragende Ankündigung.

Wir haben das Thema Fracking schon öfter in diesem Plenum diskutiert. Es ist ein emotionales Thema. Die Menschen sorgen sich bei der Thematik Fracking um die Trinkwasserqualität, um die Unversehrtheit der Trinkwasserstöcke. Dass dies berechtigt ist, haben wir erfahren dürfen. Es ist ja selten genug, dass Gutachten, wenn sowohl die Landes- als auch die Bundesebene solche in Auftrag geben, zu einem ähnlichen Ergebnis kommen.

Danach ist Fracking eine Methode von Rohstoffgewinnung – hier von Erdgas –, die durchaus kritisch bewertet werden muss und die Gefährdungspotenziale besitzt. Hier sollten wir uns gemeinsam darauf verständigen, dass das Gut Trinkwasser dieser Ge-

fährdung nicht ausgesetzt werden darf, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Die Landesregierung hat die Bergbehörden angewiesen, derzeit keine Anträge auf Fracking zu entscheiden. Was heißt „derzeit“? Wann kann „derzeit“ aufgehoben werden? Hierzu sind Sie leider nicht konkret. Es wäre schön, wenn Sie unserem Antrag beigetreten wären und eine konsequente Situation geschaffen hätten, Fracking mit chemischen Stoffen, die das Trinkwasser gefährden, zu verbieten. Dazu haben Sie sich nicht durchringen können. Das ist bedauerlich.

(Beifall von der CDU)

Wir sind dabei, auf allen Ebenen über Ressourcenbewahrung und Rohstoffschonung zu reden. Hier diskutieren wir eine Technologie, die das Letzte aus dem Boden herausholt und gleichzeitig Gefährdungspotentiale mit sich bringt, die nicht akzeptabel sind.

(Beifall von der CDU)

Den Kolleginnen und Kollegen der FDP muss ich sagen: Ganz so verharmlosend, wie das in Ihrem heute vorgelegten Papier dargestellt wird, sehen wir Fracking nicht. Wir betrachten es mit großer Sorge. Wir sagen, dass der Schutz des Trinkwassers deutlich vor den möglichen Vorteilen kommt, zum Beispiel der Möglichkeit, eine größere Menge Erdgas in unserem Land selbst zu gewinnen. Wir müssen nicht alles aus dem Boden herausholen. Wir dürfen unseren Kindern und Kindeskindern durchaus noch etwas übrig lassen, damit auch sie in der Lage sind, ihre Zukunft zu gestalten. Es muss möglich sein, in Nordrhein-Westfalen auch einmal auf etwas zu verzichten, wenn das heute technologisch nicht beherrschbar ist. Das ist die Technik des Frackings heute noch nicht.

Insofern wäre es mir lieb gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wenn Sie hierzu eine konsequentere Haltung an den Tag gelegt hätten. Vielleicht haben Sie ja gleich doch noch die Größe, unserem Antrag zuzustimmen. Er hat die größere Konsequenz; er ist definitiv der Antrag, der heute notwendig ist, um auf die Fragen, die beim Fracking zu stellen sind, die richtige Antwort zu geben. Springen Sie über Ihren Schatten, stimmen Sie unserem Antrag zu, dann tun Sie heute zum ersten Mal etwas Richtiges!

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion ist nun Herr Kollege Eiskirch an der Reihe.